

Wossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhof (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhof 3686—3699. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Bestellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestellschein

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) i. V.: K.-W. Philipp, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufschriften in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 6, Kochstraße 22-26

10 Pf. Nr. 259 - B 127

DONNERSTAG, 4. JUNI 1931

ABEND-AUSGABE - V

Der Weg zur Revision

Hoesch bei Briand

Nom gegen Nom

Von MARIO PASSARGE.

Berichterstatler der Vossischen Zeitung

ROM, IM JUNI

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 4. JUNI

Der Besuch, den Votschaffer Dr. von Hoesch gegen Briand abgeleitet hat, wird heute in der Pariser Presse wie ausfürlich behandelt. Nicht alles ist zutreffend, was über den Inhalt des Gespräches gesagt wird, aber es lohnt, einige charakteristische Bemerkungen wiederzugeben, weil man aus ihnen gewisse Wünsche der politischen Kreise in Frankreich zu erkennen vermag.

So behauptet der „Eclair“, der deutsche Votschaffer habe bei Briand das Thema von der Revision des Young-Plans angesprochen. Deutschland wolle, daß man ihm gestatte, am 1. Juli die Zahlungen einzustellen. Es sei aber besser bereit, sich an einem Kollektivschritt der interessierten Staaten bei Amerika zu beteiligen, um einen Nachstoß der internationalen Schuld zu vermeiden.

Hoesch kann schon deshalb nicht gefast haben, welchen Vorstoß die deutschen Staatsmänner in Chequers machen werden, weil Kautler und Außenminister selbst ihre Entscheidungen abhängig machen werden von dem Ergebnis der Aussprache mit MacDonald und Henderson.

Während die englische Regierung offenbar wünscht, daß Deutschland auf dem Wege über einen Transaktionsplan und den Sonderabstoß der A. J. S. das Young-Thema aufnehme, wird von französischer Seite angesetzt, daß Deutschland sich gemeinsam mit seinen Gläubigern, die die Schuldner der Vereinigten Staaten sind, an Washington wende. Das „Sincim“ zwischen Schulden-

nodoff und Revision des Youngplans ist selbstverständlich. Eine andere Frage ist, ob es ratsam wäre, durch die von Frankreich vorgelegte Kollektivnote gemäßigteren an der Bildung einer europäischen Front gegenüber den Vereinigten Staaten mitzuwirken.

Briand soll dann nach den Berichten anderer Blätter dem deutschen Votschaffer gegenüber auf den schlüssigen Einbruch der Stabilisierungsabrede in Breslau hingewiesen haben. Derartige Rundgebungen müßten auf einer weiteren Erörterung der politischen Zusammenhänge zwischen Deutschland und Frankreich beruhen. Der Führer der französischen Sozialdemokraten, Leon Blum, nimmt die Unterbrechung zwischen Hoesch und Briand — der ersten nach längerer Zeit — zum Anstoß, um zu erklären, daß der Nationalismus in Deutschland zwar unaufrichtig fortgeschritten gemacht habe und eine immer größere Gefahr für Europa werde. Aber er gebe in Deutschland auch noch Republikaner und vor allem die Sozialdemokraten, die sich Briand gegenüber den Sozialisten einen genügend starken Damm darstelle.

Der frühere Ministerpräsident Herrriot, der dasselbe Thema erörtert, meint, man könne den republikanischen Elementen in Deutschland dadurch helfen, daß man immer wieder die allseitig-nationalistische Gefahr „anprangert“. Damit wäre sehr wenig erreicht. Die rechtsradikale Bewegung erhält ihren härtesten Wurzeln durch die Wirtschaftslage, der man nicht mit Schlagworten bekommen kann, sondern nur durch eine sehr reale materielle Unterstützung, durch weitgehende Entlastung und durch europäische Zusammenarbeit auf dem Boden der Gleichberechtigung.

Der Konflikt zwischen der katholischen Kirche und dem säkularisierten Staat ist augenblicklich in die Hände der Diplomatie gelegt. Nicht unrichtig, wenn auch unvollständig, daß finden die Diplomaten keinen Ausweg, ein regelrechtes Kulturkampf daraus werde; das hängt weniger vom Papst ab als von Mussolini. Doch wäre dies nur die interne Seite der Angelegenheit, die hauptsächlich das italienische Geschichtsbuch interessieren würde. Von internationalen Auswirkung ist die Feststellung, daß nun auch in Italien die katholische Idee des Christentums auf die Dauer außer Kontrolle ist, aufzugeben was die jenseitig im engeren nationalen Rahmen sogar zu begreifen ist.

Schon nach der Veröffentlichung der Vatikanverträge konnte hier ohne besondere Geben der Weltöffentlichkeit darauf hingewiesen werden, daß die damals lediglich so glatte Bedingung an einer bestimmten Stelle ein Loch hat. Während der Faschismus im übrigen bereits veritas tabula rasa gemacht hatte mit jeder wie eine immer gearteten Organisation außerhalb der säkularisierten Justiz, ließ er als Ausnahme die „katholische Aktion“ bestehen, der in Artikel 43 des Kontrakts eine außerhalb jeder politischen Parteilichkeit wirksame Tätigkeit vorgezeichnet wurde. Dieser Artikel lautet:

„Der italienische Staat anerkennt die von der katholischen Aktion Italien abhängigen Organisationen, insofern diese, entsprechend den Verfügungen des Heiligen Stuhles, ihre Tätigkeit außerhalb einer jeden politischen Partei ausüben und in unmittelbarer Abhängigkeit von den kirchlichen Behörden, für die Verbreitung und die Verwirklichung der katholischen Grundlehre.“

Diese reichlich elastische Formulierung war, wie man weißte, das Ergebnis eines in langwieriger diplomatischer Kleinarbeit herbeigeführten Kompromisses. Beide Teile haben dabei wahrscheinlich mit der Zeit gerechnet, auf die Zeit gewartet, freilich in verschiedener Weise. Dem Faschismus mußte damit der Absicht der Vatikanverträge und des Kontrakts, nachdem die Verhandlungen überaus erst einmal eingeleitet worden waren, so sehr am Herzen liegen, daß er glaubte, die Schönheitsfehler der katholischen Aktion zu korrigieren und in Kauf nehmen zu müssen. Für den Vatikan war die Erhaltung der katholischen Aktion bis zu einem gewissen Grade die Hauptfrage. Damit war die Kirche aber auch von Anfang an in die Defensive, das heißt in die schwächere Position gedrängt. Dafür tauchte die der Begriff „Zivil“ ganz anders denken und auslegen, als der Faschismus, der in der Gegenwart lebend den Gegenwärtigen braudt.

In der Tat begann, wie man heute rückblickend sagen kann, der Schöpfungsbetrieb zwischen den beiden entgegengesetzten Auffassungen fast unmittelbar nach der Unterzeichnung der Friedensverträge. Der Konflikt kam offen zum Ausdruck, als der Papst gelegentlich der Bierjahresfeier der sozialen Encyclica „Rerum Novarum“ mit der Encyclica „Quadragesimo Anno“ unabweislich die Aufgaben der Kirche auf „soziale Arbeit“ zu übertragen für notwendig hielt. Der Papst mußte sich dabei wohl denken, daß die von ihm ausgesprochenen Worte die letzte Ordnung des säkularisierten Italiens einlösen, wenn das war nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die spanische Revolution und deren Auswirkungen auf die Kirche in Spanien traten zwar ebenfalls verwirrend hinzu. Der heilige Stuhl selbst mußte sich im neunten Jahre seines Bestehens nicht mehr genötigt, die Politik des Leberbüchens zu treiben. In Italien hat er auch nur auf dieser Angelegenheit gewartet. In anderen Situationen nur bei weiteren Zusammenkünften der katholischen Aktion boten einen ausgeprägten Vorwand, mit dem „Doppeldeutigkeit“ Schluß zu machen. In nicht ganz originaler Weise ließ sich der säkularisierte Staat durch Entgegensetzungen zu der Maßnahme zwingen, die gewiß schon damals bereitlag. Durch Verfügung der Päpsten wurden sämtliche katholischen Organisationen in Italien in die gleiche Linie gebracht und aufgeführt. Aber es gab an solchen Organisationen nur mehr die katholische Aktion. Wie die Dinge augenblicklich stehen, wäre es für sich, tragend-weise Voraussetzungen über die weitere Entwicklung machen zu wollen. Man muß sich vor Augen halten, daß auf diesem Gebiet ein „Erfolg“ innerhalb der Zeit noch lange Zeit „Mißerfolg“ für die andere Seite ist, die außerhalb der Zeit steht. Darum ist es wohl auch nicht ganz richtig, von einer „Nachprobe“ zu sprechen. Die Wacht liegt schon seit dem Kontrakt-

Was bringt die Notverordnung?

1800 Millionen Mehreinnahmen und Minderausgaben

Die Kabinettsberatung über die neue Notverordnung ist abgeschlossen. Die Einnahmeverordnungen hatten folgende Ergebnisse:

1. Für das Reich

Änderung der Beamtengehälter	160 Millionen
Arbeitssteuer	440 „
Umsatzsteuer bei monatlicher statt vierteljährlicher Erhebung	80 „
Erhöhung der Zuckerversteuer	110 „
Erhöhung der Mineralsteuern	75 „
Steuern der Zuckerversteuer	12 „
Stärkung der Kriegserbschaftsteuern	90 „
Abschreibe an den Sachausgaben der Reichsverwaltungen	110 „
	1078 Millionen

2. Für Länder und Gemeinden

Änderung der Beamtengehälter und der Kinderzulagen	206 Millionen
Umsatzsteuer	35 „
Einstellung der Sozialversicherungszulagen	60 „
Sonstige Steuererhöhungen	110 „
	411 Millionen

3. Für die Arbeitslosenversicherung

Erparnisse (Auszahlung der Sonderbehalte und der Jugendhilfe unter 21 Jahren, Verabreichung der Saisonarbeiterunterstützungen auf die Höhe der Arbeitslosenversicherung und Senkung der Arbeitslosenversicherungssätze um 5 Prozent) etwa: über 300 Millionen

Ansammelt sollen die neuen Maßnahmen auf finanziellen Gebiet etwas mehr als 1800 Millionen bringen. Dieser Betrag übersteigt wesentlich das gewöhnliche Defizit. Aus dem Ueberschuß sollen 100 Millionen der Reichsbahn für ein umfangreiches Wehrleistungsprogramm zufallen. Von dem Rest des Ueberschusses soll ein Reservefonds gebildet werden.

Die neue Stärkung der Beamtengehälter untersteht sich in vieler Hinsicht von den früheren Kürzungen. Einmal wird nicht nur eine Staffelung, sondern auch eine variable Erhaltung in der Art vorgenommen, daß den Beamten in mittleren und kleineren Städten größere Abzüge (5 bis 8 Prozent) gemacht werden als den Beamten in den Großstädten (4 bis 7 Prozent). Außerdem soll diesmal das finanzielle Ergebnis der Gehaltssteigerung bei der Reichsbahn nicht der Reichsbahn selbst zugute kommen. Durch eine besondere Bestimmung wird angedeutet, daß die Reichsbahn eine Abgabe an das Reich in Höhe der erzielten Erparnisse zu leisten hat.

Geschleirte Silberkonferenz

NEW YORK, 4. JUNI

Die Verträge der amerikanischen Regierung, eine internationale Silberkonferenz anzusetzen, sind endlich gestiftet. Wie bereits von Vorständen des Finanzministeriums, Senator Smoot, mitteilt, hat die Zustimmung bei den amerikanischen Regierungen keine Einmütigkeit über die Zweckmäßigkeit einer solchen Konferenz gegeben. Wie inoffiziell bekannt wird, soll Englands Regierung, falls an einer solchen Konferenz zu beteiligen, den Ausschuß gegeben haben.

Kräftige Erholung der Börse

Die bessere internationale Börselage im Zusammenhang mit optimistischer Einschätzung der Aussichten auf eine baldige Lösung der innen- und außenpolitischen Probleme liegen heute in der Handlung eine entschieden freundlichere Stimmung aufkommen. Während weiterhin nur schwache Stimmen zu hören waren, wurde heute erstmalig wieder die Möglichkeit einer allmählichen Überwindung der Wirtschaftskrise erörtert. Infolge dessen war die Tendenz auf allen Effektenmärkten ausgesprochen fest. Kurssteigerungen bis zu 7 S. waren die Folge. Einzelne Schluß traten allerdings auf Erhöhung des Privatbankens letzte Abkühlungen ein.